

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Datum
22.05.2013
Ausschussbetreuender Fachbereich
**Angelegenheiten der Gemeindeverfassung /
Ratsbüro**
Schriftführung
Désirée Hahn
Telefon-Nr.
02202 142237

Niederschrift

Rat der Stadt Bergisch Gladbach
Sitzung am Donnerstag, 07.03.2013

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr – 19:42 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

18:51 Uhr – 18:58 Uhr

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

A Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 13.12.2012 - öffentlicher Teil**
0062/2013
- 4 Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 5 Trägerwechsel bei zwei Kindertagesstätten in evangelischer Trägerschaft**
0011/2013

- 6 **Ausbau von Plätzen für die Kindertagesbetreuung von Kindern über drei Jahren - Sonderförderung und Starthilfe**
0015/2013
- 7 **Planung nach dem Kinderbildungsgesetz (KiBiz) für das Kindergartenjahr 2013/2014**
0010/2013
- 8 **Entwurf des Nachtragsstellenplanes 2013**
0001/2013
- 9 **Überplanmäßige Aufwendung/Auszahlung 2011**
0081/2013
- 10 **Überplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen 2012**
0083/2013
- 11 **Übertragung von Ermächtigungen vom Haushaltsjahr 2012 in das Haushaltsjahr 2013 im Kernhaushalt**
0087/2013
- 12 **Übertragung von Ermächtigungen im Erfolgs- und Vermögensplan aus dem Haushaltsjahr 2012 in das Haushaltsjahr 2013 für den Immobilienbetrieb und das Abwasserwerk der Stadt Bergisch Gladbach**
0109/2013
- 13 **Jahresabschluss 2011 der Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach GmbH**
0628/2012
- 14 **Wirtschaftsplan 2013 der Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH**
0625/2012
- 15 **Einwohnerfragestunde**
0064/2013
- 16 **Einspruch gemäß § 30 Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Bergisch Gladbach**
0100/2013
- 17 **Änderung der Entgeltordnungen wegen der Einführung der Ehrenamtskarte**
0006/2013
- 18 **Änderung der Archivbenutzungssatzung**
0637/2012
- 19 **Marktstandgebührensatzung**
0582/2012
- 20 **Marktsatzung für die Stadt Bergisch Gladbach**
0085/2013

- 21 **III. Nachtragssatzung zur "Satzung über die Erhebung von Kostenersatz für Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Bergisch Gladbach sowie den Ersatz von Verdienstausschlag und Entgeltordnung über die Erhebung privatrechtlicher Entgelte für die Gestellung von Brandsicherheitswachen und sonstige Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Bergisch Gladbach"**
0068/2013
- 22 **Kommunale Vergabegrundsätze für das Jahr 2013
- Änderung der Vergabe- und der Zuständigkeitsordnung**
0078/2013
- 23 **Bebauungsplan Nr. 1161 - Odenthaler Markweg - 1. Änderung
- Beschluss der der Stellungnahmen
- Beschluss als Satzung**
0035/2013
- 24 **Ergänzungssatzung Nr. 1171 - Birkenweg -
- Beschluss der der Stellungnahmen
- Beschluss als Satzung**
0036/2013
- 25 **Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen**
- 25.1 **Antrag der FDP-Fraktion vom 31.01.2013 (eingegangen am 05.02.2013) zur Umbesetzung in verschiedenen Ausschüssen des Rates der Stadt Bergisch Gladbach**
0070/2013
- 25.2 **Antrag der Fraktion DIE LINKE./ BfBB vom 04.02.2013 (eingegangen am 05.02.2013) zur Umbesetzung im Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport**
0089/2013
- 25.3 **Antrag der SPD-Fraktion vom 05.02.2013 (eingegangen am 07.02.2013) zur Umbesetzung im Planungsausschuss**
0090/2013
- 26 **Anträge der Fraktionen**
- 26.1 **Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 13.01.2013 (eingegangen am 17.01.2013) zur Erstellung eines Konzeptes zur Reaktivierung und Vermarktung brachliegender Gewerbeflächen**
0025/2013
- 26.2 **Antrag der CDU-Fraktion vom 15.02.2013 (eingegangen am 18.02.2013) zum Denkmalschutz**
0110/2013
- 26.3 **Antrag der SPD-Fraktion vom 21.02.2013 (eingegangen am 21.02.2013) zur Kreuzung Odenthaler Straße/Hauptstraße**
0131/2013
- 27 **Anfragen der Ratsmitglieder**

B Nicht öffentlicher Teil

- 1 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - nicht öffentlicher Teil -**
- 2 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 13.12.2012 - nicht öffentlicher Teil**
0063/2013
- 3 Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 4 Bericht aus den städtischen Beteiligungen**
- 5 Übernahme von Bürgschaften zugunsten der Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH - EBGL**
0092/2013
- 6 Anträge der Fraktionen**
- 6.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB vom 14.02.2013 (eingegangen am 20.02.2013) zur Entziehung eines Ehrenbürgerrechtes und zur Umbenennung eines städtischen Platzes**
0129/2013
- 7 Anfragen der Ratsmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Urbach eröffnet um 17.00 Uhr die 23. Sitzung des Rates der Stadt Bergisch Gladbach in der achten Wahlperiode.

Er stellt fest, dass der Rat ordnungsgemäß und rechtzeitig einberufen wurde und beschlussfähig ist. Für die heutige Sitzung sind Herr Jentsch (FDP-Fraktion) und Herr Voßler (Fraktion KIDitiative) entschuldigt.

Herr Schallehn (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN) ist ab 17.02 Uhr, Herr Kraus (CDU-Fraktion) ab 17.09 Uhr, Herr Santillán (Fraktion DIE LINKE./ BfBB) ab 17.10 Uhr, Herr Lang (Fraktion DIE LINKE./ BfBB) ab 17.11 Uhr, Herr Pick (CDU-Fraktion) ab 17.14 Uhr und Frau Schöttler-Fuchs (SPD-Fraktion) ab 17.46 Uhr anwesend.

Herr Komenda (SPD-Fraktion) ist bis 19.08 Uhr, Herr Hoffstadt (SPD-Fraktion) bis 19.17 Uhr und Herr Orth (SPD-Fraktion) bis 19.39 Uhr anwesend.

Seitens der Verwaltung ist Herr Rockenberg, Leiter des Rechnungsprüfungsamtes, entschuldigt.

Herr Urbach benennt die Unterlagen der Sitzung:

- die Einladung vom 21.02.2013 mit den dazugehörigen Vorlagen und Unterlagen,
- die mit der Einladung übersandte Anlage zur Tagesordnung,
- die mit Schreiben vom 01.03.2013 übersandte Aktualisierung der Anlage zur Tagesordnung mit den Beratungsergebnissen aus den Sitzungen des Jugendhilfeausschusses am 26.02.2013, des Planungsausschusses am 27.02.2013 und des Haupt- und Finanzausschusses am 28.02.2013 sowie einer ergänzenden Unterlage zur Tagesordnungspunkt A 7 (Tischvorlage aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 26.02.2013) sowie
- ein Schreiben der Sankt Sebastianus Schützenbruderschaft Schildgen bezüglich des Tagesordnungspunktes A 23 – Bbauungsplan Nr. 1161 - Odenthaler Markweg - 1. Änderung – der heutigen Sitzung als Tischvorlage.

Herr Urbach führt aus, dass der Haupt- und Finanzausschuss in seiner Sitzung am 28.02.2013 die Beratung der Marktstandgebührensatzung und der Marktsatzung jeweils einstimmig in seine nächste Sitzung vertagt hat. Vor diesem Hintergrund schlägt er vor, dass der Rat die entsprechenden Tagesordnungspunkte A 19 und A 20 ebenfalls in seine nächste planmäßige Sitzung am 14.05.2013 vertagt.

Herr Dr. Baemle-Courth bittet darum, den Tagesordnungspunkt A 24 – Ergänzungssatzung Nr. 1171 - Birkenweg – zu vertagen. Hierzu werde in der nächsten Woche im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden eine Anregung als Tagesordnungspunkt A 17 behandelt. Deshalb wäre es angebracht, noch nicht über diese Ergänzungssatzung Beschluss zu fassen.

Herr Urbach stellt die Vorschläge zur Änderung der Tagesordnung zur Abstimmung.

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die Tagesordnungspunkte A 19, A 20 und A 24 werden in die nächste planmäßige Sitzung des Rates am 14.05.2013 vertagt.

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift der Sitzung des Rates am 13.12.2012 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 13.12.2012 - öffentlicher Teil

0062/2013

Der Rat nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

Mitteilung über die Nebentätigkeiten des Bürgermeisters

Herr Urbach erklärt, dass er verpflichtet sei, den Ratsmitgliedern seine Nebentätigkeiten nach den einschlägigen Rechtsvorschriften anzuzeigen. Eine entsprechende Aufstellung werde der Niederschrift über die heutige Sitzung als Anlage beigelegt. Darüber hinaus würden diese Angaben auch auf der Internetseite der Stadt Bergisch Gladbach veröffentlicht.

Mitteilung über Ausgleichsleistungen an die Feuerwehrbeamten für geleistete Mehrarbeit

Herr Mumdey führt aus, dass das Verwaltungsgericht Köln im Dezember 2012 und im Januar 2013 in drei Musterverfahren städtischer Feuerwehrbeamter festgestellt habe, dass die bis Ende 2006 geltende Arbeitszeitregelung von 54 Wochenstunden gegen europäisches Recht verstoßen habe. Hiernach sei maximal eine wöchentliche Arbeitszeit von 48 Stunden zulässig. Für diese Mehrarbeit stehe den Beamten grundsätzlich ein Freizeitausgleich oder eine Geldentschädigung zu. Dieser Anspruch basiere auf dem Grundsatz von Treu und Glauben. Dennoch habe das Gericht die Musterklagen der Feuerwehrbeamten abgewiesen, da die Ansprüche aus dem Zeitraum Januar 2001 bis Dezember 2005 resultieren und die Beklagte wirksam die Einrede der Verjährung erhoben habe. Die Verjährung sei bereits Ende 2008 eingetreten, die Feuerwehrbeamten hätten Widerspruch und Klage erst in den Jahren 2011 und 2012 erhoben.

Für die Feuerwehrbeamten sei diese Gerichtsentscheidung nicht nachvollziehbar. Sie berufen sich darauf, dass tatsächlich seit vielen Jahren Mehrarbeit für die Stadt geleistet worden sei. Die Verjährung sei lediglich aus Rechtsunkenntnis eingetreten. Außerdem hätten Städte wie Köln, Duisburg, Münster, Herten, Dortmund, Ratingen und Mönchengladbach die Mehrarbeit ganz oder teilweise vergütet.

Die Verwaltung könne die Argumente der Feuerwehrbeamten und deren Verärgerung nachvollziehen. Sie beabsichtige daher, im Rahmen freiwilliger Leistungen, weitere Ausgleichszahlungen für die geleistete Mehrarbeit im Zeitraum 01.01.2006 bis 31.12.2006 zu gewähren. Bei der Stadt Bergisch Gladbach gebe es die Besonderheit, dass den Feuerwehrbeamten durch die Entscheidung des VG Köln keine Ansprüche für den Zeitraum vor dem 01.01.2006 zustehen. Der Zeitraum 2006 sei nicht Gegenstand dieser Klage gewesen. Für das Jahr 2006 hätten alle städtischen Feuerwehrbeamten des mittleren Dienstes in 2009 im Rahmen einer Individualvereinbarung einen Freizeitausgleich in Höhe von 145 Stunden erhalten. Die Höhe des gewährten Freizeitausgleiches entsprach der damaligen Rechtsprechung des OVG Münster. Diese sei im Jahre 2011 durch das BVerwG aufgehoben worden. Das BVerwG habe entschieden, dass die Dienstzeiten, die die Beamten über die europarechtlich zulässige Höchstarbeitszeit hinaus geleistet hätten, in vollem Umfang ausgeglichen werden müssen. Dies gelte ebenso für die Bereitschaftsdienstzeiten. Den Feuerwehrbeamten sei somit grundsätzlich ein jährlicher Ausgleich in Höhe von 270 Stunden zugesprochen worden. Aus Sicht der Verwaltung ist dieser Anspruch bereits durch die Individualvereinbarungen - auf Grundlage der Rechtsprechung des OVG Münster - abgegolten. Dies habe zur Folge, dass Feuerwehrbeamte, die anstelle der Individualvereinbarung den Klageweg beschritten hätten, nun einen finanziellen Ausgleich erhalten. Kollegen, die die

Individualvereinbarung angenommen haben, würden schlechter gestellt. Die Stadtverwaltung beabsichtige nun, die getroffenen Individualvereinbarungen an die Rechtsprechung des BVerwG anzupassen und weitere 125 Stunden Mehrarbeit zu vergüten. Unter Zugrundelegung des damaligen Stundensatzes entstehe ein finanzieller Aufwand in Höhe von etwa 122.000 €.

Die Verwaltung kläre zurzeit, wie dieser Aufwand finanziert werden könne. Hierbei handele es sich um eine freiwillige Leistung, da die damaligen Individualvereinbarungen rechtens seien. Diese freiwillige Leistung müsse sich in den Grenzen der von der Kommunalaufsicht auferlegten Höchstgrenze für freiwillige Leistungen bewegen. Die Stadtverwaltung werde eine Lösung finden, die mit den haushaltssicherungsrechtlichen Regelungen kompatibel sei.

Herr Schütz fragt, ob diese Ansprüche nicht verjährt seien. Im Jahre 2006 hätte dieser Betrag im Haushalt nicht bereitgestellt werden können.

Herr Mumdey antwortet, dass in 2006 in den „Korridor“ freiwilliger Leistungen noch 120.000 € hätten eingeplant werden können; für die Kommunalaufsicht sei dies aber unerheblich. Vielmehr müsse im diesjährigen „Korridor“ eine Finanzierungsmöglichkeit gefunden werden. Nur die Ansprüche vor dem 01.01.2006 seien verjährt.

Die Ratsmitglieder nehmen die Mitteilungen des Bürgermeisters und des Kämmerers zur Kenntnis.

**5. Trägerwechsel bei zwei Kindertagesstätten in evangelischer Trägerschaft
0011/2013**

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Den Trägerwechseln bei folgenden Kindertageseinrichtungen wird zugestimmt:

- (223) Evgl. Kindertagesstätte „Heilsbrunner Hosenmätze“ /
Evgl. Familienzentrum Zum Heilsbrunnen
- (246) Evgl. Kindertagesstätte Kradepohl

Der Verein „ Evangelische Elterninitiative Heilsbrunner Hosenmätze e.V.“ übernimmt ab dem 01.08.2013 die Trägerschaft der Kindertagesstätte Heilsbrunner Hosenmätze.

Der Verein „Evangelischer Kindergartenverein Gronau“ übernimmt zum 01.08.2013 die Trägerschaft der Kindertagesstätte Kradepohl.

**6. Ausbau von Plätzen für die Kindertagesbetreuung von Kindern über drei Jahren - Sonderförderung und Starthilfe
0015/2013**

Herr Komenda fragt, ob zur Einrichtung zusätzlicher Gruppen Räume zur Verfügung stünden oder ob Anbaumaßnahmen erforderlich seien.

Herr Hastrich antwortet, dass dies von der Maßnahme abhängen. Es gebe zum Teil die Möglichkeit weiterer Betreuungsplätze in den räumlichen Beständen, teilweise müssten neue Gruppenräume zur Verfügung gestellt werden.

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

- 1. Den Ausbaumaßnahmen zur Verminderung des Versorgungsdefizits für Kinder über drei Jahren wird zugestimmt.**

2. **Der freiwilligen Sonderförderung von 99 % der Betriebskostenpauschalen für die neue zusätzliche Gruppe in der Kindertageseinrichtung in Refrath (631) wird zugestimmt. Dies gilt ebenfalls bei möglicher Umsetzung für die zusätzliche Gruppe in Schildgen (112).**
3. **Der freiwilligen Sonderförderung von bis zu 1.000 € pro Platz (insg. 32.500 €) als Starthilfe für die Einrichtung von neuen zusätzlichen Gruppen wird zugestimmt.**
4. **Die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 344.793,04 € sollen bereitgestellt werden.**

7. **Planung nach dem Kinderbildungsgesetz (KiBiz) für das Kindergartenjahr 2013/2014**
0010/2013

Der Rat folgt der geänderten Beschlussempfehlung des Jugendhilfeausschusses und fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE./ BfBB und bei Enthaltung des fraktionslosen Ratsmitgliedes Herrn Sirmasac folgenden **Beschluss**:

1. **Der Bedarfsplanung nach dem Kinderbildungsgesetz (KiBiz) für das Kindergartenjahr 2013 / 2014 wird zugestimmt und die Verwaltung beauftragt, auf dieser Grundlage beim Land die Betriebskostenmittel zu beantragen.**
2. **Für die neue Möglichkeit, weitere 10 Plätze für Kindergartenkinder zu realisieren, sollen entsprechende Betriebskostenmittel beantragt werden.**

8. **Entwurf des Nachtragsstellenplanes 2013**
0001/2013

Herr Urbach führt aus, dass auf die Notwendigkeit eines Nachtragstellenplanes für das Haushaltsjahr 2013 bereits in der Vorlage „Stellenplan für das Haushaltsjahr 2012/2013“ hingewiesen worden sei, da im Bereich der Feuerwehr bei Wegfall der sog. „Opting-Out-Regelung“ zum 31.12.2013 auf die 48-Stunden-Woche umgestellt werden müsse. Zur konkreten Erläuterung der Stellenveränderungen sowie der neuen und wegfallenden Stellen verweise er auf die Sachdarstellung in der Vorlage. Er bittet zu Ziffer 1. der Vorlage zu beachten, dass es sich hierbei um Neubewertungen von Tarifstellen handle. Aufgrund der Tarifbindung könne der Rat diese Veränderungen nur zur Kenntnis nehmen.

Eine synoptische Darstellung der Veränderungen im Stellenkontingent sowie die Stellungnahme des Personalrates gemäß § 75 LPVG seien der Vorlage als Anlagen beigelegt.

Herr Waldschmidt verweist auf den „Personalkostendeckelungsbeschluss“ vom 25.03.2010. Damals habe der Haupt- und Finanzausschuss folgendes beschlossen: „Der Bürgermeister wird angeregt, die Kosten für den Personalhaushalt der Stadt Bergisch Gladbach einschließlich der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Grundstückswirtschaft so zu gestalten, dass sie in den Folgejahren bis 2013 auf dem Niveau des Jahres 2010 stabil gehalten werden. Das bedeutet, dass Neueinstellungen, Tarifierhöhungen und mögliche Aufgabenerweiterungen durch Einsparmaßnahmen an anderer Stelle ausgeglichen werden. Im Fall von Aufgabenauslagerungen sind entsprechende Einsparungen zu realisieren. Für die eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen Abwasserwerk und Abfallwirtschaft gilt grundsätzlich die gleiche Zielsetzung. Spätestens 2013 erfolgt eine Überprüfung der Personalkosten.“ In der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann am 05.02.2013 sei mitgeteilt worden, dass beabsichtigt sei, ab Herbst eine zusätzliche, befristete Stelle für zwei Jahre im Bereich der Stadtentwicklung einzurichten. Er habe gefragt, ob

diese Stelleneinrichtung im Einklang mit dem Beschluss zum „Personalkostendeckel“ stehe. In der Sitzung konnte die Verwaltung dazu keine Stellung nehmen. Man habe ihn auf eine schriftliche Beantwortung der Frage verwiesen, diese Antwort habe er nicht erhalten. Daraufhin habe er für die SPD-Fraktion eine Anfrage, Vorlage Nr. 0099/2013, zur Entwicklung der Personalkosten an den Bürgermeister zur Beantwortung in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 28.02.2013 gestellt. Die Verwaltung habe ihm telefonisch mitgeteilt, dass die Anfrage nicht bis zur nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses beantwortet werden könne. Bei dem Gespräch sei ersichtlich geworden, dass die Personalverwaltung nichts von dieser befristeten Stelle im Bereich der Stadtentwicklung wisse, so dass er davon ausgehe, dass Personalentscheidungen der Personalverwaltung nicht zwingend bekannt seien und eine Kontrolle der Personalkostenentwicklung nicht stattfinde.

Die Antwort der Verwaltung auf die Anfrage der SPD-Fraktion beinhalte die Aussage, dass davon auszugehen sei, dass der „Personalkostendeckel“ bereits im Jahr 2012 nicht eingehalten werden konnte. Ein genaues Ergebnis könne erst mit Jahresabschluss der betreffenden Haushaltsjahre vorgelegt werden, da die Abrechnungen insbesondere mit Anderen noch nicht vorliegen. Im Ergebnis sei die Anfrage der SPD-Fraktion nicht beantwortet worden.

Die Verwaltung habe ausgeführt, dass die geforderten Ergebnisse aufgrund mangelnder Software-Kompatibilitäten, nicht vorgelegt werden können. Er wolle nicht unterstellen, dass die Verwaltung absichtlich Informationen vorenthalte, er befürchte, dass sie tatsächlich nicht über diese wichtigen Auswertungsdaten verfüge. Die Verwaltung könne weder ein Controlling im Personalkostenbereich gewährleisten, noch sei es ihr möglich, zielgerichtet Personalkosten und Personalentwicklung zu planen und dem Rat Entscheidungsgrundlagen zu liefern.

Die SPD-Fraktion lehne den vorgelegten Nachtragsstellenplan nicht ab, benötige aber Entscheidungsgrundlagen, zu der auch die Darstellung der Personalkostenentwicklung gehöre.

Er **beantragt die Vertagung** der Entscheidung bis zur Vorlage der Entwicklung der Personalkosten.

Herr Urbach führt aus, dass in der heutigen Sitzung über den Nachtragsstellenplan befunden werde. Dieser enthalte neue Stellen im Bereich der Feuerwehr, die durch neue Rechtsprechung notwendig geworden seien. Anderenfalls könne die dortige Mindestbesetzung nicht gewährleistet werden.

Die Verwaltung habe im Haupt- und Finanzausschuss ihre Schwierigkeiten offen gelegt. Die Problematik bei der Erstellung der Personalkostenentwicklung liege nicht in der mangelnden Kompatibilität zweier Programme, sondern vielmehr in dem Umstand, dass die Stellenplanbewirtschaftung nicht mit dem Lohnabrechnungsmodul verbunden sei. Diese Verknüpfung habe in Bergisch Gladbach noch nie bestanden und sei zurzeit personaltechnisch nicht umsetzbar. Es sei sehr schwierig, die Personalveränderungen in dem zurzeit genutzten Exceltool nachzuvollziehen und zu berechnen. Der Mitarbeiter, der für diese Aufgabe zuständig sei, habe sich nun erfolgreich in einen anderen Fachbereich beworben, so dass aufgrund des anstehenden Personalwechsels nicht zugesagt werden könne, ob die Anfrage der SPD-Fraktion in ein bis zwei Monaten konkreter beantwortet werden könne.

Herr Wilhelm führt aus, dass die Verwaltung in der Vorlage des Doppelstellenplanes 2012/2013 mitgeteilt habe, dass der „Personalkostendeckel“ im Jahr 2012 nicht eingehalten werden könne. Die Ergebnisse des Personalkostencontrollings würden bis zur Produktebene in den Controllingbericht einfließen. Jeder Controllingbericht enthalte eine aktuelle Hochrechnung der Personalkosten.

Die Verwaltung stelle dem Rat als Entscheidungsgrundlage sowohl im Stellenplan 2011, im Doppelstellenplan 2012/2013 sowie im Nachtragsstellenplan dar, welche finanziellen Auswirkungen neue Stellen zur Folge haben. Die Vorlage des Nachtragsstellenplanes setze einen zusätzlichen Aufwand in Höhe von 133.000 € für die geplante Stelle in der Vollstreckung und der Stadtplanung an. Die zusätzlichen Stellen im Bereich Feuerwehr seien im Doppelstellenplan 2012/2013 bereits avisiert und in der Finanzplanung berücksichtigt worden.

Herr Dr. Fischer bedauert, dass die Vorgaben aus dem Jahre 2010 nicht eingehalten werden konnten, akzeptiert jedoch auch, dass es Faktoren gebe, die es nötig werden ließen, den „Personalkostendeckel“ zu überschreiten. Er appelliere jedoch an den Bürgermeister, die Zielsetzung aus dem Jahre 2010 sehr ernst zu nehmen und die geplante Überprüfung im Jahr 2013 vorzunehmen. Der Bürgermeister habe im Haupt- und Finanzausschuss erläutert, dass es in bestimmten Verwaltungsbereichen personelle Engpässe, auch durch krankheitsbedingte Ausfälle, gebe. Allerdings gebe es auch Abteilungen mit komfortabler Personalausstattung. Die Überprüfung im Jahre 2013 solle dazu genutzt werden, zu kontrollieren, welche Stellen nicht wiederbesetzt werden müssen und somit mit einem „k.W.-Vermerk“ versehen werden können, damit die Personalkosten mittelfristig tragfähig blieben.

Herr Lang führt aus, dass die Fraktion DIE LINKE./ BfBB Personalaufstockungen immer kritisch gegenüber stehe. Nun benötige die Verwaltung weitere Feuerwehrleute. Sie solle beachten, dass es bei den Feuerwehrleuten der Stadt Bergisch Gladbach zu großer Frustration durch die Einrede der Verjährung gegenüber ausstehenden Ansprüchen gekommen sei. Diese Ansprüche sollten ausgezahlt werden. Er fragt, wann der entsprechende Antrag der Fraktion DIE LINKE./ BfBB dem Rat zur Entscheidung vorgelegt werde. Er vertrete die Auffassung, dass die Verwaltung bzw. der Bürgermeister die Einrede nicht ohne die Entscheidung des Rates oder eines Ausschusses erheben könne. Die Stadtverwaltung müsse hier auch moralische Aspekte berücksichtigen.

Herr Urbach erwidert, dass es Ausführungen zu dieser Angelegenheit unter dem Tagesordnungspunkt A 4 – Mitteilungen des Bürgermeisters – gegeben habe.

Herr Lang fragt, warum eine weitere Stelle im Bereich der Stadtplanung von Nöten sei. Er bittet um einen Tätigkeitsbericht aus dem Bereich Stadtplanung und die Vertagung der Entscheidung über diese Stelle.

Herr Urbach erwidert, dass es bereits einen Vertagungsantrag gebe.

Herr Mömkes erklärt, dass die CDU-Fraktion gegen einen Vertagungsantrag stimmen werde. Die Stadt sei auf die hier ausgebildeten Feuerwehrleute angewiesen. Die Schaffung neuer Stellen sei wichtig, um eine Abwanderung zu verhindern. Die CDU-Fraktion werde für den Nachtragsstellenplan in seiner vorgelegten Form stimmen. Wenn die Stadt vorangebracht werden solle, dann müsse es auch entsprechendes Personal im Bereich Stadtplanung geben.

Herr Santillán erinnert, dass DIE LINKE./ BfBB dem „Personalkostendeckel“ nicht zugestimmt habe. Dieser sei nicht sinnvoll, da er nichts bewirke, wie die jetzige Situation zeige und lediglich zu Belastungen der Mitarbeiter führe. Natürlich unterstütze die Fraktion DIE LINKE./ BfBB eine wirtschaftliche Personalbesetzung und Transparenz in der Personalverwaltung. Diese fehlende Transparenz würde nun hauptsächlich bemängelt. Trotzdem stimme er dem Nachtragsstellenplan im Ganzen zu, werde sich jedoch aufgrund der ausstehenden Informationen enthalten.

Herr Dr. Metten hält den Nachtragsstellenplan für begründet. Auch die zusätzliche Stelle bei der Stadtplanung bewerte er positiv, da dieser Bereich wichtig sei für die Förderung der Wirtschaft. Er stimme Herrn Waldschmidt bezüglich der mangelnden Transparenz der Personalwirtschaft zu. Durch die der Verwaltung nicht vorliegenden Informationen fehle es an Steuerungsinstrumenten. Er fordere die Verwaltung auf, einen Zeitplan zu erstellen, der aufführe, wie die Controllinginstrumente so angepasst bzw. miteinander verbunden werden können, dass die erforderlichen Daten zeitnah ermittelt werden können. Er verstehe nicht, warum die Personalkosten erst mit der Bilanz bekannt gegeben würden, da die Zahlungen des Vorjahres spätestens am Ende des 1. Quartals eines neuen Jahres abgeschlossen sein müssten und der Finanzbuchhaltung vorliegen. Unverständlich sei auch, warum die Stadt ihre Bilanzen mit großem Zeitversatz zum Bilanzstichtag erstelle. Die vorliegenden Missstände müssten behoben werden.

Herr Urbach antwortet, dass die Verwaltung daran arbeite, die Problematiken zu beheben. Bezüglich der Jahresabschlüsse erklärt er, dass die Stadt Bergisch Gladbach für ihre Zeitigkeit von der Kommunalaufsicht gelobt worden sei.

Herr Mumdey ergänzt, dass die Stadtverwaltung Bergisch Gladbach im Vergleich zu anderen Kommunen bei der Erstellung der Jahresabschlüsse zu der Spitzengruppe gehöre. Die Stadtverwaltung wolle im Sommer den Jahresabschluss 2011 und bis zum Jahresende den Jahresabschluss 2012 vorlegen.

Herr Kamp führt aus, dass er die Schaffung neuer Stellen im Bereich Feuerwehr für notwendig halte. Jedoch bewerte er die geplante Stelle im Bereich Stadtplanung kritisch. Die Verwaltung habe keine hinreichende Begründung für die Notwendigkeit dieser Stelle vorweisen können. Bereits vor einigen Jahren sei eine neue Stelle in der Stadtentwicklung eingerichtet worden und die für diese Stelle vorgesehenen Arbeiten, der Flächennutzungsplan, seien bis heute nicht verrichtet worden. Darum werde er sich enthalten.

Herr Urbach antwortet, dass die Aufstellung eines Flächennutzungsplanes ein sehr umfangreiches Unterfangen sei, in dem intensive Vorarbeit geleistet werden müsse. Ursprünglich sei lediglich die Überarbeitung des Flächennutzungsplanes geplant gewesen. Nun aber erfolge eine Neuaufstellung. Die Verwaltung werde die Thematik gerne darstellen. Das Personal reiche in diesem Bereich nicht aus, da es viele Bebauungsplanwünsche gebe. Die Bearbeitung eines Großteils dieser Wünsche habe noch nicht einmal begonnen.

Herr Ziffus erörtert, dass sich die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN intensiv mit dem Nachtragsstellenplan beschäftigt habe. Die Stellenveränderungen und die neuen Stellen bei der Feuerwehr seien nachvollziehbar. Der Fachbereich 7 verzeichne eine hohe krankheitsbedingte Ausfallrate, so dass hier nach Lösungsansätzen gesucht werden müsse. Viel Personalkapazität werde durch Lobbyismus und Fehlplanungen verschwendet, wie z.B. das Gewerbegebiet Spitze, die Kanaldichtheitsprüfung, die Planungen zur Odenthaler Straße/Hauptstraße, die Bahndammtrasse, die Parkplatzentwicklung der östlichen Innenstadt, der Bauleitplanungen auf Zuruf und das Einzelhandelskonzept. Auf die Planung solcher nicht fundierter Maßnahmen müsse zukünftig verzichtet und somit Personalkapazität eingespart werden.

Herr Schütz äußert sein Verständnis zum Vertagungsantrag der SPD-Fraktion. Die Verwaltung habe ihre Schwächen dargestellt. Er bewerte es als problematisch, die Gewährung neuer Stellen im Bereich der Feuerwehr zu vertagen, auch wenn er eine restriktive Personalwirtschaft wünsche.

Er bittet, bei den geplanten Stellenveränderungen zu beachten, dass Verwaltungsmitarbeiter, die im Ergebnis mit Mitarbeitern eines insolventen Unternehmens zu vergleichen seien, verhältnismäßig gut situiert seien, da sie einen sicheren Arbeitsplatz genössen.

Er **beantragt die Vertagung des Beschlusses über die Stelleneinrichtung im Bereich Stadtplanung**. Im Rahmen einer Tätigkeitsanalyse solle geprüft werden, ob eine zusätzliche Stelle tatsächlich notwendig sei. Zusätzlich sei zu prüfen, ob die Stadtplanung ihre Prioritäten neu ausrichten müsse, Schwerpunkte auf die Wirtschaftsförderung und Gewerbeansiedlung setze und die Aufstellung kleinster Bebauungspläne für einzelne Bauvorhaben unterlasse.

Der Antrag der teilweisen Vertagung der Beschlussfassung biete die Möglichkeit, den notwendigen Stellen bei der Feuerwehr zuzustimmen und die Stelle im Bereich der Stadtplanung zu überprüfen.

Herr Dr. Metten führt aus, dass zurzeit einige Vorhaben zur Stadtentwicklung in Planung seien, die der Stadt zu Gute kämen. Es scheitere an einer zeitnahen Umsetzung mangels personeller Kapazitäten. Darum sei eine weitere Stelle im Bereich der Stadtplanung wünschenswert. Die Planungen zum „Campus Gronau“ seien beispielsweise sehr wichtig für die Stadt. Einer auch nur teilweisen Vertagung des Nachtragsstellenplanes könne die CDU-Fraktion nicht zustimmen.

Herr Urbach stellt fest, dass alle Fraktionen Gelegenheit hatten, zur Sache zu sprechen und fragt, ob noch je ein Ratsmitglied für oder gegen den Vertagungsantrag der SPD-Fraktion bzw. der Fraktion KIDitiative sprechen wolle. Darauf meldet sich kein Ratsmitglied.

Herr Urbach stellt den weitergehenden Vertagungsantrag der SPD-Fraktion, die gesamte Beschlussfassung zu vertagen, zur Abstimmung.

Für den Vertagungsantrag der SPD-Fraktion stimmen die SPD-Fraktion, die Fraktion Freie Wähler, die Fraktion KIDitiative, ein Ratsmitglied aus den Reihen der Fraktion DIE LINKE./ BfBB sowie das fraktionslose Ratsmitglied Herr Sirmasac.

Gegen den Vertagungsantrag stimmen die CDU-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, die FDP-Fraktion und der Bürgermeister bei jeweils einer Enthaltung aus den Reihen der FDP-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE./ BfBB. Der Rat fasst damit mehrheitlich folgenden **Beschluss:**

Der Vertagungsantrag der SPD-Fraktion wird abgelehnt.

Sodann stellt Herr Urbach den Vertagungsantrag der Fraktion KIDitiative, nur die Beschlussfassung über die geplante Stelle im Bereich der Stadtplanung zu vertagen, zur Abstimmung.

Gegen den Vertagungsantrag der Fraktion KIDitiative stimmen die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, der Bürgermeister sowie einige Ratsmitglieder der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN. Die übrigen Ratsmitglieder stimmen für den Vertagungsantrag. Der Rat fasst somit mehrheitlich folgenden **Beschluss:**

Der Vertagungsantrag der Fraktion KIDitiative wird abgelehnt.

Herr Urbach stellt die Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses zur Abstimmung.

Der Rat fasst daraufhin mehrheitlich gegen die Stimme der Fraktion KIDitiative bei Enthaltung der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der Fraktion DIE LINKE./ BfBB, der Fraktion Freie Wähler und einer Enthaltung aus den Reihen der FDP-Fraktion folgenden **Beschluss:**

Die in der Vorlage unter den Punkten 2 bis 3 dargestellten Vorschläge werden beschlossen.

9. **Überplanmäßige Aufwendung/Auszahlung 2011**
0081/2013

Der Rat nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

10. **Überplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen 2012**
0083/2013

Der Rat nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

11. Übertragung von Ermächtigungen vom Haushaltsjahr 2012 in das Haushaltsjahr 2013 im Kernhaushalt
0087/2013

Der Rat fasst mehrheitlich gegen eine Stimme der Fraktion DIE LINKE./ BfBB folgenden **Beschluss**:

Der Übertragung von Ermächtigungen vom Haushaltsjahr 2012 in das Haushaltsjahr 2013 im Kernhaushalt entsprechend der Anlage 1 (investiv) und Anlage 2 (konsumtiv) zur Vorlage wird zugestimmt.

12. Übertragung von Ermächtigungen im Erfolgs- und Vermögensplan aus dem Haushaltsjahr 2012 in das Haushaltsjahr 2013 für den Immobilienbetrieb und das Abwasserwerk der Stadt Bergisch Gladbach
0109/2013

Der Rat nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

13. Jahresabschluss 2011 der Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach GmbH
0628/2012

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE./ BfBB und des fraktionslosen Ratsmitgliedes Herrn Sirmasac bei Enthaltung der Fraktion Freie Wähler, der Fraktion KIDitiative und fünf Enthaltungen aus den Reihen der SPD-Fraktion folgenden **Beschluss**:

Nach Prüfung und Billigung der vorgelegten Unterlagen durch den Aufsichtsrat der Stadtverkehrsgesellschaft mbH am 03.12.2012 wird der Bürgermeister als Vertreter der Gesellschafterin, Stadt Bergisch Gladbach, bevollmächtigt,

- 1. in der Gesellschafterversammlung den Jahresabschluss 2011 der Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH festzustellen; die Gewinn- und Verlustrechnung weist zum 31.12.2011 einen Jahresüberschuss in Höhe von 65.764,30 € aus. Dieser ist mit dem Gewinnvortrag von 53.756,94 € zu verrechnen und der verbleibende Gesamtbetrag von 119.521,24 € ist auf neue Rechnung vorzutragen.**
- 2. den Aufsichtsrat und den Geschäftsführer der Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH zu entlasten.**

14. Wirtschaftsplan 2013 der Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH
0625/2012

Herr Waldschmidt erklärt, dass die SPD-Fraktion sich enthalten werde. In dem Wirtschaftsplan sei die Errichtung einer Radstation mit 600.000 € veranschlagt. Des Weiteren sei eine Kreditaufnahme von über 400.000 € enthalten. Herr Schmickler, Geschäftsführer der Stadtverkehrsgesellschaft mbH, könne weder einen festen Betreiber noch ein Betreibermodell für die Radstation vorweisen. Vor diesem Hintergrund komme der vorgelegte Wirtschaftsplan nicht zum Tragen. Die SPD-Fraktion befürworte eine Radstation und halte diese verkehrspolitisch für wichtig.

Herr Dr. Steffen führt aus, dass im Infrastrukturausschuss mitgeteilt worden sei, dass es sowohl einen Betreiber als auch ein Betreibermodell für die Radstation gebe. Die Radstation bringe die Stadt voran. Diese müsse ihre Verkehrsprobleme angehen. Fahrrad und S-Bahn müssten für den Berufsverkehr attraktiv gemacht werden. Es müsse auch bedacht werden, dass die Verkehrssituation der Stadt nur eine begrenzte Anzahl an PKW aufnehmen könne und Alternativen gefördert werden

müssen. Die Radstation müsse jedoch durch sichere Radfahrwege erreichbar sein. Er fragt, ob es bereits eine entsprechende Radwegeplanung gebe.

Herr Urbach antwortet, dass sich zurzeit mit der besseren Erreichbarkeit des Standortes der Radstation beschäftigt werde. Aufgrund eines Ortstermins sei bekannt, dass Handlungsbedarf bestehe.

Herr Kamp kritisiert die Vielzahl der städtischen Gesellschaften, die zur Unübersichtlichkeit führe. Kräfte müssten gebündelt werden. Jede Gesellschaft verursache wiederum Verwaltungsaufwand und Kosten. Er weise darauf hin, dass die GL Service gGmbH unter finanziellen Problemen leide. Bisher sei der Rat noch nicht über deren Umfang informiert worden. Sollte die GL Service gGmbH Teilbetreiber der Radstation werden, befürchte er, dass die finanziellen Probleme auf Kosten der Bürger ausgetragen würden. Darum könne die Fraktion Freie Wähler diesen Wirtschaftsplan nicht mittragen. Er regt an, die Aufgabenverteilung grundsätzlich zu überdenken.

Herr Santillán beschreibt, dass Sinn und Zweck der Beteiligungsgesellschaften sei, die demokratische Transparenz zu mindern und die Aufgaben der Kontrolle des Rates zu entziehen. Die Fraktion DIE LINKE./ BfBB werde gegen den Wirtschaftsplan stimmen. Grund sei, dass in der Gesellschafterversammlung Entscheidungen über erhebliche Summen getroffen würden und dem Rat lediglich das Ergebnis zur Abstimmung vorgelegt werde. Kleine Fraktionen seien in Gesellschafterversammlungen und Aufsichtsräten der Gesellschaften nicht vertreten. Sie erhielten keine Einsicht, keine Informationen und keine Unterlagen. Die Fraktion DIE LINKE./ BfBB unterstütze die Errichtung der Radstation, lehne den Wirtschaftsplan jedoch ab.

Herr Lang stimmt Herrn Santilláns Ausführungen zu. Es solle keine weitere Aufgabenübertragung an Gesellschaften erfolgen. Die Kompetenzen sollten beim Rat verbleiben, dies fördere die Durchsichtigkeit.

Herr Urbach weist drauf hin, dass keine Gesellschaft ohne entsprechenden Ratsbeschluss gegründet werde.

Herr Ziffus begrüßt die finanzielle Rahmenumgebung für die Radstation, auf deren Basis Verträge geschlossen werden können. Ohne eine entsprechende Festlegung im Wirtschaftsplan könne kein Vertragsschluss vollzogen werden. Die Radwegesituation sei jedoch unzureichend. Bei Verkehrsunfällen seien häufig Radfahrer involviert. Eine Ergänzung des Radwegenetzes müsse dringend erfolgen.

Herr Nagelschmidt zeigt sich verwundert, dass sich viele Fraktionen für die Radstation, jedoch gegen den Wirtschaftsplan, aussprechen würden. Vor Beschluss des Wirtschaftsplanes könnten keine Vertragsschlüsse erfolgen. Erst müsse der finanzielle Rahmen gegeben werden, dann folgen Maßnahmebeschlüsse und Entscheidungen über deren Umsetzung.

Herr Dr. Fischer führt aus, dass die FDP-Fraktion die Radstation als überdimensioniert bewerte. Er befürchte, dass es zu Leerständen komme. Die Größe der Radstation solle sich an dem tatsächlichen Bedarf der Stadt orientieren. Die FDP-Fraktion werde dem Wirtschaftsplan zustimmen. Allerdings solle die Planung der Radstation so transparent gestaltet werden, dass die Ratsmitglieder über die Vorhaben der Stadtverkehrsgesellschaft mbH gut informiert seien.

Herr Buchen führt aus, dass die Stadt durch die Aufgabenübertragung an die Stadtverkehrsgesellschaft mbH Mittel einspare, da diese Aufgaben nicht mehr im Kernhaushalt abgewickelt werden müssen. Dies sei durch das Rechnungsprüfungsamt bestätigt worden. Im Aufsichtsrat der Stadtverkehrsgesellschaft mbH säßen sechs Ratsmitglieder. Der Wirtschaftsplan sei mit dem Ziel erstellt worden, dass der Rat diesen genehmige und nicht, dass die

Stadtverkehrsgesellschaft mbH im Anschluss direkt mit den Bauarbeiten der Radstation beginne. Der Wirtschaftsplan biete die Rahmenbedingungen für die Radstation. Ein tragfähiges Konzept müsse entwickelt werden, allerdings musste dieses nicht zur Ratssitzung fertig gestellt sein. Dies sei auch den Aufsichtsratsmitgliedern aus den Reihen der SPD-Fraktion bekannt. Nach Beschlussfassung sei in der nächsten Aufsichtsratssitzung zu klären, mit welchem Betreiber in welchem Rahmen Verträge geschlossen werden. Nun gelte es zunächst, die Rahmenbedingungen für die Radstation zu schaffen.

Herr Galley wundert sich über die Berichterstattung der Presse. Dort sei geschrieben, dass die GL Service gGmbH als Betreiber der Radstation feststehe. Ein entsprechender Gesellschafterbeschluss sei nicht gefasst. Herr Dekker, Geschäftsführer der GL Service gGmbH, habe ihm in der letzten Gesellschafterversammlung mitgeteilt, dass die Angelegenheit erledigt sei. Das bisherige Betreiberkonzept sei nicht überzeugend. Die SPD-Fraktion stimme dem Wirtschaftsplan nicht zu, um zu verdeutlichen, dass sie ein tragfähiges und funktionales Konzept vorgelegt bekommen wolle. Grundsätzlich befürworte die SPD-Fraktion eine Radstation.

Herr Urbach erwidert, dass eine Radstation geplant werde, die tragfähig sei und nicht zu einer Bauruine werde. Der Wirtschaftsplan solle eine Möglichkeit dazu eröffnen. Im Anschluss müsse an einem Betreiberkonzept gearbeitet werden. Die Berichterstattung in der Presse weise weitere Fehler auf, er habe im Aufsichtsrat nicht zu dieser Thematik gesprochen. Herr Schmickler habe dort mitgeteilt, dass die Teilnahme der GL Service gGmbH unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Gesellschafterversammlung der GL Service gGmbH stehe. Herr Dekker habe dies auch stets betont.

Herr Schütz äußert Bedenken, ob die Stadt Bergisch Gladbach die Radstation benötige und ob die Radstation die geeignete Form sei, den Radverkehr zu fördern. Bessere Radwege sowie eine größere Toleranz gegenüber Radfahrern seien sinnvoller. Auch er kritisiere die mangelnde Transparenz der städtischen Gesellschaften. Die Abstimmungsverhältnisse in den Gesellschaften spiegelten nicht die Stimmverhältnisse im Stadtrat wider. Die Stadtverkehrsgesellschaft müsse ihre Kompetenzen für Verbesserungen im Bereich des ÖPNV nutzen. Er könne dem Wirtschaftsplan so nicht zustimmen und werde sich enthalten.

Herr Dr. Steffen führt aus, dass zunächst der Finanzrahmen für die Radstation im Wirtschaftsplan festgelegt werden müsse. Er widerspricht Herrn Santilláns Ausführungen, dass eine städtische Gesellschaft zum Zwecke der Intransparenz geschaffen werde. Die Stadtverkehrsgesellschaft sei gegründet worden, um unabhängiger im ÖPNV zu sein und Interessen der Stadt Bergisch Gladbach beim Verkehrsverband Wupsi erfolgreich durchsetzen zu können.

Herr Santillán erklärt, dass die kleineren Fraktionen seit geraumer Zeit fordern, Einladungen und Protokolle der Gremien der städtischen Gesellschaften zu erhalten. Er möchte als Gast zu den Sitzungen eingeladen werden. Dort würden grundlegende Entscheidungen getroffen, die der Rat lediglich „absegne“, obwohl einige Ratsmitglieder keine Einsicht in die Vorgänge erhalten würden. Trotzdem befürworte die Fraktion DIE LINKE./ BfBB die Radstation, wünsche jedoch, dass diese im Fachausschuss inhaltlich diskutiert werde.

Herr Urbach erwidert, dass die Entsendung von Vertreterinnen und Vertretern der Stadt in die Organe der Beteiligungsgesellschaften das Kommunalwahlergebnis aus dem Jahre 2009 widerspiegele.

Herr Dr. Bernhauser erörtert, dass die GL Service gGmbH soziale Verantwortung übernehme. Sie beschäftige Menschen, die am primären Arbeitsmarkt aus unterschiedlichen Gründen nicht teilhaben können. Viele Menschen seien dankbar über diese Förderung. Eine solche Gesellschaft sei von der Entwicklung der Arbeitsmarktförderung sehr abhängig. Kurzfristige Änderungen der Bezuschussung durch die Arbeitsagentur führten dazu, dass eine Kostendeckung bei der

Gesellschaft nicht gewährleistet sei, da diese die Änderungen nur zeitlich versetzt umsetzen könne. Dies sei jedoch nicht schädlich. Auch städtische Steuermittel dürften zur Unterstützung der mehrfach Benachteiligten eingesetzt werden, denn GL Service gGmbH habe den früheren „City Service“ übernommen, der ausschließlich durch städtische Mittel finanziert worden sei. Ehemalige Arbeitnehmer des „City Service“ arbeiten nun bei der GL Service gGmbH. Deswegen seien städtische Zuschüsse nötig.

In der nächsten Woche finde eine Sondersitzung der Gesellschafterversammlung der GL Service gGmbH statt, in der die Radstation thematisiert werde. Aus wirtschaftlichen Gründen könne die Gesellschaft nicht alleinige Betreiberin der Radstation werden. Jedoch sei eine Form der Beteiligung bei mehreren Betreibern denkbar. Für die GL Service gGmbH sei entscheidend, dass Arbeitsplätze für den sekundären Arbeitsmarkt entstünden.

Herr Santillán erwidert, dass die GL Service gGmbH in vielen Bereichen gute Arbeit leiste, jedoch beschäftige sie immer noch „1-Euro-Jobber“. Diese Arbeitskräfte würden ausgebeutet.

Herr Galley erwidert, dass die Arbeit der GL Service gGmbH hervorragend und nicht ausbeuterisch sei. Viele Langzeitarbeitslose hätten hier gute Erfahrungen gesammelt.

Herr Kraus bittet darum, dass die Kostensteigerungen für den Fahrplandruck zukünftig nicht mehr so hoch ausfallen wie in den letzten zwei Jahren.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE./ BfBB und die Stimme des fraktionslosen Ratsmitglieds Herrn Sirmasac bei Enthaltung der SPD-Fraktion, der Fraktion Freie Wähler und der Fraktion KIDinitiative folgenden **Beschluss**:

Herr Bürgermeister Lutz Urbach wird nach § 113 (1) GO NRW bevollmächtigt, als städtischer Gesellschaftervertreter in der Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH (SVB), den Wirtschaftsplan 2013 nach § 13 (1) Nr. 1 des Gesellschaftsvertrages festzustellen.

15. Einwohnerfragestunde

0064/2013

Herr Urbach teilt mit, dass eine Einwohnerfrage von Frau Dathe zum „Kletterpark Diepeschrather Wald“ vorliege. Er fragt Frau Dathe, ob sie ihre Fragen selbst verlesen wolle oder er diese einzeln verlesen und beantworten solle. Frau Dathe bittet um letztes.

1. Frage

„Die Baugenehmigung für den Kletterpark soll durch Befreiung von einem 30 Jahre alten Bebauungsplan ausgesprochen werden.

Die geplante industrielle Nutzung (Gewerbsteuer) widerspricht jedoch den Darstellungen des B-Planes, der an dieser Stelle Erholungsnutzung für die Anwohner (vgl. Begründung) vorsieht. Bei vergleichbaren Planungen sind für Kletterparks Sondergebietsflächen im Zuge einer Flächennutzungsplanänderung erforderlich.

Finden Sie nicht auch, dass im Rahmen einer B-Planänderung der aktuelle Planungswille der Stadt überprüft und planungsrechtlich abgesichert werden könnte?“

Antwort der Verwaltung:

„Zunächst zur Richtigstellung: Bei der beabsichtigten Nutzung handelt es sich nicht um eine industrielle. Gewerbliche Komponenten sind im Bereich der Freizeitnutzungen nicht unüblich.

Der Bebauungsplan sieht eine Tageserholungsanlage, keine nur für die Anwohner, vor. Allein die umfangreichen Festsetzungen zu Stellplätzen zeigen, dass nicht nur an Nutzer aus der fußläufig erreichbaren Umgebung gedacht war.

Aufgrund mehrerer vorliegender Bürgeranträge wurde der Planungsausschuss in seiner Sitzung am 27. Februar 2013 mit der Angelegenheit befasst. Er hat in Kenntnis entsprechender Anregungen kein Änderungsverfahren für den rechtskräftigen Bebauungsplan beschlossen.“

2. Frage

„Artenschutzrechtliche Belange und forstwirtschaftliche Schäden wurden unzureichend überprüft. Der Kletterpark ist von 3 Naturschutzgebieten und einem FFH-Gebiet umschlossen. Es wurde jedoch nur ein Teil der vorkommenden Arten in die artenrechtliche Prüfung aufgenommen. Eine Beeinträchtigung des FFH-Gebietes wurde nicht überprüft. Zudem wurde nicht ausreichend die Thematik von Folgeschäden, die an den Bäumen durch die Kletterparcours entstehen werden, berücksichtigt. Gibt es eine Möglichkeit sich die Zeit zu nehmen, um die Belange des Natur- und Artenschutzes ausreichend zu überprüfen?“

Antwort der Verwaltung

„Im Rahmen der durchgeführten Untersuchungen wurden alle nach den einschlägigen Bestimmungen zu betrachtenden Aspekte gewürdigt. Die entsprechenden Unterlagen werden durch die zuständige Landschaftsbehörde geprüft.

Im Unterschied zu anderen Kletterwäldern ist der Eingriff in Natur und Landschaft gering, da am Standort wesentliche Infrastrukturen (Zufahrtsstraße, Stellplätze, Gastronomie) schon vorhanden sind.

Ebenfalls im Gegensatz zu anderen Kletterwäldern wird ein sehr baumschonendes Konzept verfolgt. Im Übrigen ist mit ca. 90 Bäumen nur ein untergeordneter Teil des Baumbestandes betroffen.“

Herr Urbach fragt, ob Frau Dathe eine Zusatzfrage stellen möchte. Dies wird von ihr verneint.

16. Einspruch gemäß § 30 Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Bergisch Gladbach 0100/2013

Herr Urbach erklärt, dass der Rat der Stadt Bergisch Gladbach in seiner vergangenen Sitzung einen Antrag der SPD-Fraktion gemäß den in der diesbezüglichen Vorlage bezeichneten Regelungen der Geschäftsordnung und der Zuständigkeitsordnung ohne Aussprache an den Infrastrukturausschuss überwiesen habe. Der Infrastrukturausschuss habe in der Sitzung am 06.02.2013 den Antrag der SPD-Fraktion mehrheitlich abgelehnt.

Gegen diesen ablehnenden Beschluss des Infrastrukturausschusses haben drei Mitglieder und ein stellvertretendes Mitglied des Infrastrukturausschusses, die an der Beratung und Beschlussfassung des Infrastrukturausschusses in der Sitzung am 06.02.2013 teilgenommen haben, noch in der Sitzung schriftlich Einspruch eingelegt.

Systematisch sei der Einspruch nicht für solche Fälle vorgesehen. Der Einspruch diene den Fällen, in denen ein Ausschuss einen Beschluss fasse, dessen Ausführung gehemmt werden und eine erneute Vorlage im Rat erfolgen solle.

Er stellt die Frage in den Raum, ob Anträge der Fraktionen, die in Ausschüssen abgelehnt werden, auf diesem Wege erneut dem Rat vorgelegt werden sollten.

Inhaltlich verweise die Verwaltung auf ihre schriftliche Stellungnahme zum Antrag der SPD-Fraktion in der Vorlage Nr. 0021/2013 und empfehle dem Rat, den Einspruch zurückzuweisen.

Herr Waldschmidt führt aus, dass die Verwaltung in der mittelfristigen Finanzplanung für die Sanierung des Otto-Hahn-Gynasiums fünf Jahre und für das Nicolaus-Cusanus-Gymnasium sechs Jahre vorgesehen habe. Dies sei für beide Schulen inakzeptabel. Darum habe die SPD-Fraktion beantragt, zu überprüfen, ob mit Finanzierungsalternativen eine schnellere Sanierung erfolgen könne. Diese Überprüfung sei man Eltern- und Schülerschaft schuldig. Der eingelegte Einspruch sei richtig. Er **beantragt** im Namen der SPD-Fraktion eine **namentliche Abstimmung**.

Herr Henkel führt aus, dass die SPD-Fraktion keine Vorschläge unterbreiten könnte, welche Vorhaben gestrichen werden sollen, um weiteres Geld für schnellere Sanierungen bereitzustellen.

Herr Zalfen erwidert, dass die SPD-Fraktion z.B. den Verzicht der Erweiterung der Tiefgarage als Einsparmaßnahme angeführt habe. Die SPD-Fraktion wolle lediglich eine Alternativfinanzierung geprüft haben. Die Bäderfonds sollten als Alternative geprüft werden.

Herr Mömkes erörtert, dass die mittelfristige Finanzplanung für die Schulsanierungen aufgestellt sei. Nun müsse geklärt werden, was, wann, wie saniert werden könne. Die Verwaltung habe den Auftrag, möglichst zeitnah ein Sanierungskonzept vorzulegen. Die CDU-Fraktion lege auf eine zeitnahe Unterrichtung der Schulen wert, damit diese sich auf die Sanierungsarbeiten einstellen können.

Herr Komenda führt aus, dass zurzeit lediglich die Ausschreibung für die Sanierungsarbeiten laufe. Dort sei der Inhalt der Sanierungen niedergeschlagen, jedoch nicht deren Zeitraum. Bis zum Abschluss des Verfahrens könne über alternative Finanzierungsmodelle, die unter Umständen zu deutlich schnelleren Sanierungen führen, nachgedacht werden.

Herr Santillán erörtert, dass sich die Fraktion DIE LINKE./ BfBB den Ausführungen der SPD-Fraktion anschließe. Er kritisiert, dass zukünftig für verschiedene Projekte kurzfristig finanzielle Mittel verfügbar sein können. Für die Schulsanierungen sei dies seltsamerweise nicht möglich.

Herr Urbach verliest die Rednerliste, auf der zu diesem Zeitpunkt Herr Lang, Herr Haasbach, Herr Dr. Metten und Herr Dr. Steffen stehen.

Herr Kraus **beantragt den Schluss der Rednerliste.**

Herr Urbach fragt, ob je ein Ratsmitglied für oder gegen diesen Antrag sprechen wolle.

Herr Schütz erhebt formale Gegenrede.

Herr Urbach stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Schluss der Rednerliste zur Abstimmung.

Für den Antrag stimmen die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, einige Ratsmitglieder aus den Reihen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der Bürgermeister.

Gegen den Antrag stimmen die SPD-Fraktion, die Fraktion DIE LINKE./ BfBB, die Fraktion Freie Wähler, die Fraktion KIDitiative und ein Ratsmitglied aus den Reihen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN sowie das fraktionslose Ratsmitglied Sirmasac bei einigen Enthaltungen aus den Reihen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN.

Der Rat fasst somit mehrheitlich folgenden **Beschluss:**

Der Geschäftsordnungsantrag auf Schluss der Rednerliste wird angenommen.

Herr Lang führt aus, dass die Kritik der Fraktion DIE LINKE./ BfBB nicht ausschließlich den Bürgermeister treffe, sondern auch andere Fraktionen. Sie unterstütze den Antrag der SPD-Fraktion. Es sei lediglich eine Überprüfung zu flexiblen Finanzierungsmöglichkeiten gefordert. Die nun durchgeführten Arbeiten im Rahmen des Brandschutzes seien keine Sanierung, sondern lediglich eine Pflichterfüllung. Er plädiere für die Unterstützung des Einspruchs und ein gemeinsames Sanierungskonzept.

Herr Haasbach verzichtet auf seinen Redebeitrag.

Herr Dr. Metten bittet darum, dass die SPD-Fraktion eine seriöse Finanzierungsalternative vorschlagen und die Maßnahmen benennen solle, die zugunsten der Sanierungen zurücktreten sollen. Die Entscheidung eines Fachausschusses solle berücksichtigt werden.

Herr Dr. Steffen weist darauf hin, dass Feuerschutzmaßnahmen Vorrang genießen und nicht beliebig viele Baustellen an Schulen eröffnet werden können. Er fragt, ob im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes überhaupt die Möglichkeit bestehe, anderweitig eingesparte Mittel in die Schulsanierungen einfließen zu lassen.

Herr Urbach führt die von Herrn Waldschmidt für die SPD-Fraktion beantragte namentliche Abstimmung durch, da mit den Stimmen der SPD-Fraktion das Quorum gem. § 18 Abs. 3 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Bergisch Gladbach erfüllt ist.

Die Mitglieder des Rates stimmen wie folgt ab:

Name, Vorname	Ja	Nein	Enthaltung
Dr. Baeumle-Courth, Peter (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)	X		
Beisenherz-Galas, Renate (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)		X	
Dr. Bernhauser, Johannes (CDU-Fraktion)	X		
Bilo, Angelika (CDU-Fraktion)	X		
Bischoff, Birgit (CDU-Fraktion)	X		
Buchen, Christian (CDU-Fraktion)	X		
Dietsch, Dorothea (CDU-Fraktion)	X		
Ditzler, Manfred (CDU-Fraktion)	X		
Dresbach, Erich (SPD-Fraktion)		X	
Dr. Fischer, Reimer (FDP-Fraktion)	X		
Galley, Thomas (SPD-Fraktion)		X	
Gerhards, Markus (FDP-Fraktion)	X		
Graner, Angelika (FDP-Fraktion)	X		
Haasbach, Hans Josef (CDU-Fraktion)	X		
Hammelrath, Helene (SPD-Fraktion)		X	
Henkel, Harald (CDU-Fraktion)	X		
Höring, Lennart (CDU-Fraktion)	X		
Hoffstadt, Peter (SPD-Fraktion)		X	
Holtzmann, Petra (CDU-Fraktion)	X		
Kamp, Wilfried (Fraktion Freie Wähler)		X	
Kleine, Nikolaus (SPD-Fraktion)		X	
Komenda, Mirko (SPD-Fraktion)		X	
Koshofer, Ingrid (FDP-Fraktion)	X		
Kraus, Robert Martin (CDU-Fraktion)	X		
Kreutz, Marcel (SPD-Fraktion)		X	
Kühl, Manfred (CDU-Fraktion)	X		
Lang, Heinrich (Fraktion DIE LINKE./ BfBB)		X	
Lehnert, Elke (CDU-Fraktion)	X		
Maas, Karl-Adolf (CDU-Fraktion)	X		
Dr. Metten, Michael (CDU-Fraktion)	X		

Dr. Miede, Wolfgang (SPD-Fraktion)		X	
Mömkes, Peter (CDU-Fraktion)	X		
Mörs, Bernhard (Fraktion Freie Wähler)		X	
Münzer, Mechthildis (CDU-Fraktion)	X		
Nagelschmidt, Felix (CDU-Fraktion)	X		
Neu, Gerhard (SPD-Fraktion)		X	
Orth, Klaus (SPD-Fraktion)		X	
Pick, Rudolf (CDU-Fraktion)	X		
Reudenbach, Elvira (CDU-Fraktion)	X		
Santillán, Tomás M. (Fraktion DIE LINKE./ BfBB)		X	
Schacht, Rolf-Dieter (CDU-Fraktion)	X		
Schallehn, Robert (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)	X		
Scheerer, Anna Maria (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)	X		
Schlaghecken, Friedhelm (CDU-Fraktion)	X		
Schmidt-Bolzmann, Renate (FDP-Fraktion)	X		
Schöttler-Fuchs, Brigitte (SPD-Fraktion)		X	
Schütz, Fabian Theodor (Fraktion KIDitiative)		X	
Schundau, Edeltraud (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)	X		
Sirmasac, Ersin (fraktionslos)		X	
Sprenger, Markus (CDU-Fraktion)	X		
Stauer, Ute (SPD-Fraktion)		X	
Steinbüchel, Dirk (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)	X		
Urbach, Lutz (Bürgermeister)	X		
Wagner, Hermann-Josef (CDU-Fraktion)	X		
Waldschmidt, Klaus W. (SPD-Fraktion)		X	
Willnecker, Josef (CDU-Fraktion)	X		
Winkels, Berit (SPD-Fraktion)		X	
Dr. Winzen, Peter (SPD-Fraktion)		X	
Zalfen, Michael (SPD-Fraktion)		X	
Ziffus, Günter (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)	X		

Somit fasst der Rat mehrheitlich mit 37 Ja-Stimmen und 23 Nein-Stimmen folgenden **Beschluss**:

Der schriftliche Einspruch der Mitglieder des Infrastrukturausschusses Herr Mirko Komenda, Herr Dr. Peter Winzen und Herr Andreas Ebert sowie des stellvertretenden Mitgliedes des Infrastrukturausschusses Herr Kastriot Krasniqi wird zurückgewiesen.

17. Änderung der Entgeltordnungen wegen der Einführung der Ehrenamtskarte 0006/2013

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die Verwaltung wird ermächtigt, die in der Vorlage beschriebenen Vergünstigungen für die Ehrenamtskarte zu gewähren.

18. Änderung der Archivbenutzungssatzung
0637/2012

Der Rat fasst einstimmig folgenden geänderten Beschluss:

Der IV. Nachtragssatzung zur Archivbenutzungssatzung wird unter Berücksichtigung der folgenden redaktionellen Änderungen in dem der Vorlage beiliegenden Satzungsentwurf zugestimmt:

„§ 1

§ 8 Absatz 4 Buchstabe a erhält folgende Fassung:

a) Gebühren können für Schülerinnen, Schüler und Studierende sowie für Inhaberinnen und Inhaber der Ehrenamtskarte NRW um die Hälfte ermäßigt werden.

§ 2

Diese Nachtragssatzung tritt mit dem Tage nach der Bekanntmachung in Kraft.“

19. Marktstandgebührensatzung
0582/2012

Der Tagesordnungspunkt wurde unter Tagesordnungspunkt A 1 vertagt.

20. Marktsatzung für die Stadt Bergisch Gladbach
0085/2013

Der Tagesordnungspunkt wurde unter Tagesordnungspunkt A 1 vertagt.

21. III. Nachtragssatzung zur "Satzung über die Erhebung von Kostenersatz für Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Bergisch Gladbach sowie den Ersatz von Verdienstaufschlag und Entgeltordnung über die Erhebung privatrechtlicher Entgelte für die Gestellung von Brandsicherheitswachen und sonstige Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Bergisch Gladbach"
0068/2013

Der Rat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die III. Nachtragssatzung zur „Satzung über die Erhebung von Kostenersatz für Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Bergisch Gladbach sowie den Ersatz von Verdienstaufschlag und Entgeltordnung über die Erhebung privatrechtlicher Entgelte für die Gestellung von Brandsicherheitswachen und sonstige Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Bergisch Gladbach“ wird in der der Vorlage als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.

22. Kommunale Vergabegrundsätze für das Jahr 2013
- Änderung der Vergabe- und der Zuständigkeitsordnung
0078/2013

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE./ BfBB und eine Stimme aus den Reihen der Fraktion Freie Wähler bei einer Enthaltung aus den Reihen der Fraktion Freie Wähler folgenden Beschluss:

1. Der V. Nachtrag zur Änderung der Vergabeordnung der Stadt Bergisch Gladbach wird in der der Vorlage als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.

2. Der III. Nachtrag zur Änderung der Zuständigkeitsordnung der Stadt Bergisch Gladbach über die Verteilung von Entscheidungsbefugnissen des Rates auf die Ratsausschüsse und den Bürgermeister wird in der der Vorlage als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.

3. Die Änderungen treten mit sofortiger Wirkung in Kraft.

23. Bebauungsplan Nr. 1161 - Odenthaler Markweg - 1. Änderung
- Beschluss der Stellungnahmen
- Beschluss als Satzung
0035/2013

Herr Schlaghecken begibt sich wegen Befangenheit in den Zuschauerbereich des Sitzungssaales.

Herr Urbach weist auf die Tischvorlage, ein Schreiben der Sankt Sebastianus Schützenbruderschaft Schildgen 1907 e.V., hin.

Herr Lang begrüßt, dass auch CDU und SPD eine Erklärung der Schützenbruderschaft zum Außenschießstandsverzicht fordern. Die Fraktion DIE LINKE./ BfBB habe die Frage gestellt, welche Fläche an Bauland die Stadt der Schützenbruderschaft für nur 1 € jährlichen Pachtzins zur Verfügung stelle und wie das Gebäude bewertet sei. Die Bewertungsunterlagen möchte er vorgelegt bekommen. Diese Informationen seien für den Abwägungsprozess von Bedeutung, da der Bebauungsplan im Zusammenhang mit den Bemühungen der Schützenbruderschaft gegen den Sportverein stehe. Er werde einen Vertagungsantrag stellen, wenn eine entsprechende Aufklärung nicht stattfinde.

Herr Urbach antwortet, dass die gewünschten Antworten den Unterlagen der Gremien, die die Vorberatungen durchgeführt haben, entnommen werden könnten. Diese Unterlagen seien auch der Fraktion DIE LINKE./ BfBB zugegangen.

Er fragt, ob jemand die Fragen Herrn Langs beantworten könne, ansonsten werde die Sitzung unterbrochen, um die entsprechenden Unterlagen zu beschaffen. Im Anschluss werde er Herrn Lang fragen, ob er alle Informationen erhalten habe.

Herr Santillán führt aus, dass sich die Fraktion DIE LINKE./ BfBB gegen die Übernahme des Bürgerzentrums durch die Schützenbruderschaft und dessen gewerblicher Nutzung im Rahmen einer Schießanlage ausgesprochen habe. Dies gelte sowohl für die Innenschießanlage als auch für den Außenschießstand. In Ausschusssitzungen sei seiner Fraktion mitgeteilt worden, dass ein Verbot eines Außenschießstandes nicht im Bebauungsplan normiert werden könne. Der Verzicht der Schützen auf einen temporären oder stationären Außenschießstand solle vertraglich vereinbart werden. Die vorgelegte Erklärung habe keine Bindungswirkung.

Herr Steinbüchel erklärt, dass die Ausführungen und Bedenken der Fraktion DIE LINKE./ BfBB ausführlich im Planungsausschuss erörtert worden seien. Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN habe um eine schriftliche Erklärung der Schützenbruderschaft gebeten und begrüße, dass diese nun vorliege.

Herr Dr. Metten führt aus, dass im Planungsausschuss ein sehr breiter Konsens gefunden worden sei. Es handele sich vorliegend um ein planungsrechtliches Verfahren, welches keinerlei vertragliche Komponenten inkludiere. Darum sei für die heutige Sitzung die vorliegende Erklärung gewünscht worden. Diese solle eine Selbstbindung bewirken. Bei dem Vorhaben handele es sich um ein Bürgerzentrum, nicht um eine gewerbliche Schießanlage. Er schlägt vor, dass die Fraktion DIE LINKE./ BfBB ihre Wünsche - als Antrag formuliert - in den zuständigen Ausschuss

einbringe, da sie nicht Gegenstand dieser Beratung seien und in diesem Verfahren nicht geregelt werden könnten.

Herr Neu schließt sich den Ausführungen Herrn Dr. Mettens an. Die Zustimmung zur Bebauungsplanänderung wurde an die Vorlage einer Erklärung geknüpft. Es sei richtig, dass die Erklärung lediglich einen temporären Schießstandsverzicht beinhalte, da ein stationärer Schießstand im Bebauungsplan vorgesehen sein müsse. Die SPD-Fraktion werde der Beschlussempfehlung zustimmen.

Herr Urbach bittet Herrn Lang, seine Fragen konkret zu formulieren.

Herr Lang führt aus, dass der Rat nicht das Ausführungsorgan der Ausschüsse sei. Die Arbeiten der Ausschüsse seien Vorarbeiten für den Rat. Entscheiden müssten die von den Bürgerinnen und Bürgern gewählten Ratsmitglieder.

Herr Urbach erwidert, dass dies so nicht richtig sei. Die Zuständigkeitsordnung sehe rechtmäßig vor, dass bestimmte Beratungs- und Entscheidungskompetenzen auf Ausschüsse übertragen seien.

Herr Lang führt weiter aus, dass er gewählt worden sei, um Bürger- und nicht Vereinsinteressen zu vertreten. Er fragt, ob es stimme, dass gegen die Stadt ein Klageverfahren eingeleitet worden sei.

Herr Urbach antwortet, dass ein Klageverfahren nicht bekannt sei.

Herr Lang fragt, wie groß die Baulandfläche sei, die dem Verein für 1 € Pacht pro Jahr zur Verfügung gestellt werde.

Herr Urbach antwortet, dass dies Inhalt einer nicht öffentlichen Vorlage aus dem Infrastrukturausschuss gewesen sei. Diese Unterlagen habe Herr Lang erhalten.

Herr Lang kündigt an, diese Frage im nicht öffentlichen Teil der Ratssitzung zu wiederholen. Die Verwaltung solle diese Informationen nicht in nicht öffentliche Teile der Sitzungen verschieben, sondern die Öffentlichkeit unterrichten. Der Verweis auf Sitzungsunterlagen stelle keine Beantwortung einer Anfrage dar. Er persönlich habe das Recht auf Auskunft. Er bestehe auf dieses Recht, da er vom Volke gewählt sei und dessen Interessen vertrete. Das OVG NRW bescheinige, dass Ratsmitglieder nur richtig entscheiden könnten, wenn sie umfänglich informiert seien.

Herr Urbach führt aus, dass alle Ratsmitglieder alle Vorlagen, Einladungen und Niederschriften auch aus den Ausschüssen erhalten, in denen sie nicht Mitglied seien, damit diesem Informationsrecht Genüge getan werde.

Herr Lang fragt, wie hoch die Mindesterbbaupacht sei, die die Stadt Bergisch Gladbach erhebe. Durch diese Angabe solle deutlich werden, in welcher Höhe die Stadt Bergisch Gladbach die Schützenbruderschaft bezuschusse.

Er fragt, wer die Bewertung des Gebäudes vorgenommen habe und wie hoch diese sei. Die Presse würde von einer Bewertung i.H.v. 180.000 € berichten. Er bittet um Vorlage der Bewertungsunterlagen.

Herr Schmickler antwortet, dass der Schützenverein eine Betreiberpflicht übernehme und der Pacht somit nicht die Höhe der Erbbaupacht für Wohngrundstücke zugrunde gelegt werden könne. Es liegen keine Vergleichsfälle und somit auch keine Vergleichszahlen vor, weshalb die Frage nicht beantwortet werden könne.

Herr Urbach antwortet, dass die Bewertungsfrage nicht einfach zu beantworten sei. Er bittet, dass solche Fragen zukünftig zumindest einen Tag vor der Sitzung gestellt werden. Er könne die Sitzung unterbrechen und Herrn Martmann bitten, nach den entsprechenden Unterlagen zu suchen. Er fragt, ob Herr Lang weitere Fragen habe.

Herr Urbach unterbricht die Sitzung von 18.51 Uhr bis 18.58 Uhr.

Herr Urbach führt aus, dass die Verwaltung der Auffassung sei, dass die Beantwortung der Fragen von Herrn Lang für dessen Abwägungsprozess zur Entscheidung über die Vorlage nicht relevant sei. Die Verwaltung habe sich bemüht, Unterlagen zur Beantwortung zu organisieren. Herr Lang werde aus eigener Berufserfahrung Verständnis dafür haben, dass zu dieser Uhrzeit nicht mehr alle Mitarbeiter im Büro anzutreffen seien. Die angeforderten Unterlagen konnten soeben nicht gefunden werden.

Herr Steinbüchel beantragt den Schluss der Aussprache.

Herr Urbach fragt, ob je ein Ratsmitglied für oder gegen diesen Antrag sprechen möchte.

Herr Santillán erhebt formale Gegenrede.

Herr Urbach stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Schluss der Aussprache zur Abstimmung.

Gegen den Antrag auf Schluss der Aussprache stimmt die Fraktion DIE LINKE./ BfBB. Alle übrigen Mitglieder des Rates stimmen für diesen Antrag.

Der Rat fasst somit mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE./ BfBB folgenden **Beschluss**:

Der Antrag auf Schluss der Aussprache wird angenommen.

Sodann fasst der Rat einstimmig bei vier Enthaltungen folgenden **Beschluss**:

I. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplans Nr. 1161 – Odenthaler Markweg – 1. Änderung vorgebrachten Anregungen der Einwender

B 1 – B 154	werden nicht berücksichtigt,
B 155	werden nicht berücksichtigt,
B 156 – 159	werden nicht berücksichtigt,
B 160	werden nicht berücksichtigt,
B 161	werden nicht berücksichtigt,
B 162	werden nicht berücksichtigt,
B 163	werden nicht berücksichtigt,
B 164	werden nicht berücksichtigt,
B 165	werden nicht berücksichtigt,
B 166	werden nicht berücksichtigt,
B 167	werden nicht berücksichtigt,
B 168	werden nicht berücksichtigt,
B 169	werden nicht berücksichtigt,
B 170	werden nicht berücksichtigt,
B 171	werden nicht berücksichtigt,
B 172 – 176	werden nicht berücksichtigt,
B 177	werden nicht berücksichtigt,
B 178	werden nicht berücksichtigt,

B 179	werden nicht berücksichtigt,
B 180	werden nicht berücksichtigt,
B 181 – 184	werden nicht berücksichtigt,
B 185	werden nicht berücksichtigt,
T 1	Rheinische Netzgesellschaft werden berücksichtigt
T 2	Rheinisch-Bergischer Kreis werden teilweise berücksichtigt.

Im Anschluss fasst der Rat mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE./ BfBB und bei zwei Enthaltungen aus den Reihen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN folgenden **Beschluss**:

II. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt gemäß § 10 BauGB und der §§ 7 und 41 Gemeindeordnung NRW den

Bebauungsplan Nr. 1161 – Odenthaler Markweg – 1. Änderung

als Satzung und die Begründung gemäß § 9 Abs. 8 BauGB dazu.

Herr Santillán beanstandet diese Beschlussfassung. Die Fraktion DIE LINKE./ BfBB habe einen Vertagungsantrag gestellt.

Herr Urbach erwidert, dass Herr Lang einen Vertagungsantrag lediglich angekündigt habe.

Dem widerspricht Herr Santillán. Außerdem sei ihnen nicht genügend Auskunft zu diesem Tagesordnungspunkt erteilt worden.

Herr Schlaghecken kehrt an seinen Platz zurück.

24. Ergänzungssatzung Nr. 1171 - Birkenweg -
- Beschluss der Stellungnahmen
- Beschluss als Satzung
0036/2013

Der Tagesordnungspunkt wurde unter Tagesordnungspunkt A 1 vertagt.

25. Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen

25.1. Antrag der FDP-Fraktion vom 31.01.2013 (eingegangen am 05.02.2013) zur
Umbesetzung in verschiedenen Ausschüssen des Rates der Stadt Bergisch
Gladbach
0070/2013

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Antrag der FDP-Fraktion auf Umbesetzung in verschiedenen Ausschüssen wird angenommen.

25.2. Antrag der Fraktion DIE LINKE./ BfBB vom 04.02.2013 (eingegangen am
05.02.2013) zur Umbesetzung im Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und
Sport
0089/2013

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE./ BfBB auf Umbesetzung im Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport wird angenommen.

25.3. Antrag der SPD-Fraktion vom 05.02.2013 (eingegangen am 07.02.2013) zur Umbesetzung im Planungsausschuss
0090/2013

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Antrag der SPD-Fraktion auf Umbesetzung im Planungsausschuss wird angenommen.

26. Anträge der Fraktionen

26.1. Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 13.01.2013 (eingegangen am 17.01.2013) zur Erstellung eines Konzeptes zur Reaktivierung und Vermarktung brachliegender Gewerbeflächen
0025/2013

Herr Ziffus führt aus, dass eine Mehrheit des Rates direkt in der Ratssitzung über den Antrag entscheiden wolle. Der Rat solle die Entscheidung an sich ziehen.

Herr Mömkes schließt sich den Ausführungen Herrn Ziffus'an. Die Thematik sei bereits mehrfach in Fachausschüssen diskutiert worden. Er beantragt eine Ergänzung des Antrages dahingehend, dass die Rheinisch-Bergische Wirtschaftförderungsgesellschaft mbH in die Konzepterstellung einbezogen werde. Außerdem werde die Verwaltung aufgefordert, nach Konzepterstellung eine Prognose aufzustellen, welche zusätzlichen Gewerbeflächen die Stadt für den neuen Flächennutzungsplan benötige.

Herr Schütz fragt, ob bei heutiger Entscheidung vorgesehen sei, die betroffenen Gremien mittels Mitteilungsvorlage zu informieren, damit dort eine inhaltliche Beratung stattfinden könne.

Herr Urbach antwortet, dass es sich bei dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zunächst um einen Arbeitsauftrag für die Verwaltung handle.

Er stellt den Vorschlag, der Rat möge die Entscheidung an sich ziehen, zur Abstimmung.

Der Rat fasst einstimmig bei einer Enthaltung aus den Reihen der SPD-Fraktion folgenden **Beschluss**:

Der Rat zieht die Entscheidung über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN an sich.

Sodann stellt Herr Urbach den ergänzten Antrag zur Abstimmung.

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die Verwaltung und die Wirtschaftsförderung werden beauftragt, unter Einbeziehung der Rheinisch-Bergischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH ein Konzept zur schrittweisen Reaktivierung und Vermarktung brachliegender Gewerbeflächen zu erstellen. Zur Erstellung des Entwicklungs- und Vermarktungskonzeptes werden zunächst die spezifischen Eigenschaften der Gebiete erfasst und analysiert.

Ausgehend von den erfassten Eigenschaften der Gebiete werden potenzielle Zielbranchen ermittelt und ein auf das jeweilige Gebiet angepasstes Vermarktungskonzept erarbeitet. Ebenfalls werden in dem Zuge ggf. nötige Maßnahmenkataloge zur Verbesserung der Attraktivität erstellt.

Mit hoher Priorität werden Gebiete vermarktet, die für ertragreiche und emissionsarme Zukunftsbranchen besonders in Frage kommen. Es wird ein Schwerpunkt auf die Erreichbarkeit mit dem ÖPNV sowie auf die Gebiete mit Gleisanschluss gesetzt.

26.2. Antrag der CDU-Fraktion vom 15.02.2013 (eingegangen am 18.02.2013) zum Denkmalschutz
0110/2013

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Antrag der CDU-Fraktion wird ohne Aussprache an den Planungsausschuss überwiesen.

26.3. Antrag der SPD-Fraktion vom 21.02.2013 (eingegangen am 21.02.2013) zur Kreuzung Odenthaler Straße/Hauptstraße
0131/2013

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Antrag der SPD-Fraktion wird ohne Aussprache an den Planungsausschuss, den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr und den Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann überwiesen.

27. Anfragen der Ratsmitglieder

Herr Nagelschmidt: Anfrage zum Wochenmarkt

Herr Nagelschmidt lobt die Neuordnung des Wochenmarkts, die Resonanz sei überwiegend positiv. Problematisch sei jedoch die Sperrung des direkten Weges über den Konrad-Adenauer-Platz. Er fragt, ob die Verwaltung hier, bei Beibehaltung der Marktanordnung im Übrigen, einen Durchgang schaffen könne. Dies würde zu mehr Zustimmung führen.

Herr Urbach zeigt sich ebenfalls erfreut, dass sich der Markt wieder auf dem Konrad-Adenauer-Platz konzentriere. Er könne sich vorstellen, dass der Versuch unternommen werde, den direkten Durchgang über den Konrad-Adenauer-Platz zu öffnen. Dies werde verwaltungsintern besprochen. Allerdings müssten hierbei die Auswirkungen auf die Laufwege beobachtet werden.

Herr Mömkes: Anfrage zur postalischen Zustellung von Sitzungsunterlagen

Herr Mömkes führt aus, dass es immer wieder zu Sitzungsunterbrechungen und Klageandrohungen durch bestimmte Ratsmitglieder komme. Er fragt, ob es nicht möglich sei, diesen Ratsmitgliedern sämtliche Unterlagen an ihre Postadresse zu senden, damit solchen Zwischenfällen entgegengewirkt werden könne.

Herr Urbach antwortet, dass die Zustellung auf diesem Wege erfolge und nie eine Problematik bei Klageverfahren dargestellt habe.

Herr Schütz: Anfrage zu den Rundfunkbeiträgen

Herr Schütz fragt, in welcher Höhe die Stadt Bergisch Gladbach Rundfunkbeiträge, nun „Haushaltsabgabe“ genannt, zahlt. Er fragt, wie hoch die Steigerungen absolut und prozentual seien und ob die Stadt plane, ähnlich wie beispielsweise die Stadt Köln, die Zahlung zu verweigern,

lediglich den Betrag in Höhe der vorherigen Rundfunkgebühren zu zahlen oder sonstige Maßnahmen zu ergreifen.

Herr Urbach verweist auf eine schriftliche Beantwortung der Frage und informiert, dass dies auch Thema beim Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen sei.

Herr Dr. Steffen: Anfrage „Altenberger-Dom-Straße / Zum Scheider Feld“

Herr Dr. Steffen führt aus, dass es um die Thematik der Änderung der Straßenbezeichnung und Hausnummern im Bereich „Altenberger-Dom-Straße / Zum Scheider Feld“ gehe. Ein Teil der „Altenberger-Dom-Straße“ sei ohne Anhörung der Anwohner in „Zum Scheider Feld“ umbenannt worden. Grund sei die schwierige Auffindbarkeit dieses Straßenteiles gewesen. Er fragt, ob nicht durch ein Hinweisschild hätte Abhilfe geleistet werden können. Der zuständige Mitarbeiter des Geoservice habe ihm mitgeteilt, dass diese Umbenennung Thema in Haupt- und Finanzausschuss und im Rat sein werde. Er fragt, worin genau die Gefährdung für Sicherheit und Ordnung gelegen habe und warum die betroffenen Bürger nicht angehört worden seien.

Herr Schmickler antwortet, dass zu dieser Thematik ein Bürgerantrag vorliege, der im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden behandelt werde. Es handle sich lediglich um eine Umnummerierung, nicht jedoch um eine Umbenennung der Straße. Diese wurde einerseits wegen einer ergänzenden Bebauung, andererseits aufgrund der schwierigen Auffindbarkeit für Rettungskräfte, der nicht durch ein zusätzliches Schild hätte Abhilfe geleistet werden können, vorgenommen. Natürlich entstünden durch die Umnummerierung Unannehmlichkeiten für die Anwohner, in der Summe überwiegen jedoch die positiven Aspekte.

Frau Beisenherz-Galas: Anfrage zum Papiermuseum „Alte Dombach“

Frau Beisenherz-Galas führt aus, dass sie in der Ratssitzung am 23.10.2012 eine schriftliche Beantwortung ihrer Anfrage zur Grundwassersituation und den dadurch entstandenen Schäden am Papiermuseum „Alte Dombach“ erbeten habe. Dabei habe sie um Mitteilung, wie weit der Sachstand bekannt sei und welche Gegenmaßnahmen die Stadt plane, gebeten. Diese Antwort habe sie bis heute nicht erhalten. Sie bittet um schriftliche Beantwortung.

Herr Urbach sagt eine schriftliche Beantwortung der Anfrage zu.

Frau Beisenherz-Galas: Anfrage zum geplanten Kletterpark Diepeschrather Mühle

Frau Beisenherz-Galas fragt, inwieweit zur Errichtung des Kletterparks tatsächlich baumschonende Verfahren eingesetzt würden und wie diese aussehen.

Herr Schmickler antwortet, dass keine Löcher in die Bäume gebohrt würden, sondern ausschließlich Manschetten verwendet würden.

Frau Beisenherz-Galas merkt an, dass auch Manschetten befestigt werden müssen und fragt, wie dies geschehen solle.

Herr Schmickler erwidert, dass diese an Verzweigungen und durch Umwicklung angebracht würden.

Frau Beisenherz-Galas bittet um eine schriftliche Antwort, da ihr diese Antwort nicht präzise genug sei.

Herr Urbach sagt eine schriftliche Beantwortung der Frage zu.

Herr Zalfen: Anfrage zum Umfallschwerpunkt Stationsstraße

Herr Zalfen informiert, dass die Stationsstraße der verkehrs- und unfallträchtigste Punkt in Bergisch Gladbach sei. Im Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr habe es vor einiger Zeit einen Antrag gegeben, so dass es bei den Planungen für die Stationsstraße zu Abweichungen gegenüber den ursprünglichen Planungen im Rahmen der Regionale gekommen sei. Die Stationsstraße sollte deutlich verkehrsberuhigt werden. Nun habe er erfahren, dass geplant sei, zu den ursprünglichen Planungen im Rahmen der Regionale zurückzukehren und fragt, ob diese Überlegungen noch einmal im Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr thematisiert werden.

Herr Urbach antwortet, dass es keine Beschlussfassung gebe, die Stationsstraße in ihrem jetzigen Zustand zu belassen. Sie solle ein verkehrsberuhigter Geschäftsbereich werden. Die beiden von der Paffrather Straße kommenden Spuren sollten zusammengezogen werden. Dafür sollte ursprünglich die „Rampe“ für den abwärts fahrenden Individualverkehr gesperrt werden. Es sei ein ändernder Beschluss gefasst worden, dass nun die „Rampe“ für den Individualverkehr geöffnet bleibe, aber aus der Ausfahrt der Tiefgarage des Löwencenters kein Linksabbiegen mehr möglich sein werde. Ansonsten bleibe die Planung so, wie sie im Rahmen der Regionale vorgestellt worden sei.

Herr Santillán: Anfrage zu Baumaßnahmen in Kippekausen

Herr Santillán führt aus, dass durch die Kanalarbeiten in Kippekausen ein Befahren dieses Bereiches nicht möglich gewesen sei. Seit Dezember sei die Straße wieder befahrbar, der ÖPNV verkehre dort jedoch erst wieder seit drei Tagen. Er fragt, warum es hier keine besseren Absprachen gegeben habe und der ÖPNV diesen Bereich erst zweieinhalb Monate nach der Öffnung für PKW nutzen konnte.

Herr Schmickler antwortet, dass in der Nähe der Straßenbahn die Fahrbahndecke - aufgrund einer Baugrube - erneut unterbrochen werden musste. Es sei im Sinne des ÖPNV gewesen, die Umleitungsregelung bis zum Abschluss der Arbeiten zu belassen, da eine kurzzeitige Aufhebung der Umleitung zu Verwirrungen geführt hätte.

Herr Santillán: Anfrage zur Bereitstellung von Sitzungsunterlagen

Herr Santillán führt aus, dass er erwarte, dass die Verwaltung bei strittigen Tagesordnungspunkten alle im Zusammenhang mit dieser Thematik stehenden Unterlagen in der Sitzung bereithalte. Er fragt, wie die Verwaltung solche Problematiken zukünftig lösen möchte.

Herr Urbach antwortet, dass diese Problematik ganz einfach gelöst werden könne, indem die Ratsmitglieder ihre Fragen rechtzeitig vor der Sitzung stellen würden. Dann hätte die Verwaltung genügend Zeit, die Fragen zu beantworten. Die Verwaltung lege alle Unterlagen vor, die sie als entscheidungsrelevant ansehe. Es sei aber nicht zu absehbar, dass ein Ratsmitglied Informationen zu einem Pachtvertrag, der vor Jahren geschlossen wurde, erhalten möchte.

Herr Lang: Anfrage zu unbeantworteten Anfragen

Herr Lang führt aus, dass die Fraktion DIE LINKE./ BfBB zurzeit die bisher unbeantworteten Fragen sammle. Er fragt, ob Herr Urbach bereit sei, auf die Verwaltung einzuwirken, damit die Fraktion DIE LINKE./ BfBB kurzfristig Antworten erhalte oder ob es ihm lieber sei, wenn sie hierfür eine Ratssitzung beantrage.

Herr Urbach antwortet, dass die personelle Situation in einigen Bereichen der Stadtverwaltung angespannt sei, so dass kurzfristige Beantwortungen von Anfragen nicht immer möglich seien.

Sollte die Fraktion DIE LINKE./ BfBB es für erforderlich halten, eine Ratssitzung zu beantragen, werde er sie in diesem Recht nicht beschränken.

Herr Lang: Anfrage zur Straßenreinigung

Herr Lang fragt, wie hoch zurzeit die Kosten der Straßenreinigung seien und wie hoch diese kalkuliert wurden. Außerdem fragt er, wie viel Personal alleine für diese Reinigung benötigt werde. Er fragt, ob es richtig sei, dass die Reinigungspflicht aller Gehwege auf allen städtischen Straßen den Grundstückseigentümern auferlegt werde. Außerdem fragt er, bei wie vielen Kilometern der Straßen die Grundstückseigentümer auch die Fahrbahn zu reinigen hätten.

Er fragt, wie viele Gebühren die Grundstückseigentümer der Fußgängerzone sparen könnten, wenn ihnen die Reinigungspflicht selbst auferlegt würde und was dagegen spreche, die Grundstückseigentümer in der Fußgängerzone anders zu behandeln als alle anderen Grundstückseigentümer in Bergisch Gladbach.

Herr Urbach verweist auf eine schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Herr Lang: Anfrage zu Musterprozessen und Juristentätigkeiten

Herr Lang fragt, ob Herr Urbach bereit sei, Musterprozesse im Gebührenrecht zuzulassen und auf Anwälte zu verzichten oder wann er den Rat über diesen Wunsch der Fraktion DIE LINKE./ BfBB entscheiden lasse.

Er fragt, welche Tätigkeiten die Juristen in der Stadtverwaltung ausüben.

Herr Urbach verweist auf eine schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Herr Lang: Anfrage zu dem ehemaligen Löwencenter in Bensberg

Herr Lang fragt, ob Herr Urbach bereit sei, den Erlass eines Baugebots für die „Bauruine“ in der früheren Bensberger Fußgängerzone prüfen zu lassen.

Herr Urbach antwortet, dass die Stadt auf einem guten Wege sei, Baurecht für eine Investition zu erlangen.

Herr Lang ergänzt, dass ein Baugebot förderlich sein könne und es sinnvoll wäre, wenn geprüft würde, ob nicht die Stadt selbst dieses Gebäude nutzen könne.

Herr Urbach verneint diese Annahme.

Herr Lang: Anfrage zu einem Durchfahrtsverbot

Herr Lang fragt, ob Herr Urbach bereit sei, ein Durchfahrtsverbot für Schwerstkraftfahrzeuge für den Straßenzug Am Mühlenberg/Vollmühlenweg zu erlassen.

Die wird von Herrn Urbach verneint.

Herr Lang bittet, dies dem Rat vorzulegen.

Herr Urbach antwortet, dass die Zuständigkeit des Rates geprüft werde.

Herr Lang erwidert, dass der Rat alles an sich ziehen könne, was die Fraktionen fordern. Er stellt einen Antrag, dass diese Thematik dem Rat vorgelegt werde.

Herr Urbach verweist auf die Notwendigkeit der schriftlichen Antragsstellung gem. § 3 Absatz 1 Geschäftsordnung des Rates und der Ausschüsse der Stadt Bergisch Gladbach.

Herr Lang: Anfrage zum Waatsackgebäude

Herr Lang fragt, wer den Auftrag erteilt habe, die Versetzung des Waatsacks und den Erwerb des alten Kinos prüfen zu lassen und was dies kostet.

Herr Urbach verweist auf eine schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Herr Lang: Anfrage zu den Kosten von Beratungsleistungen

Herr Lang fragt, ob es zutreffe, dass die Beratungsleistungen für den Konzessionsvertrag inzwischen 800.000 € kosten und wer diese Mittel wann bereitgestellt habe.

Herr Urbach antwortet, dass die Kostenhöhe noch nicht mitgeteilt werden könne, da ein Stundenlohn vereinbart wurde, jedoch noch nicht bekannt sei, wie viele Beratungsstunden insgesamt notwendig würden. Die Mittel seien auf Beschluss der zuständigen Gremien bereitgestellt worden.

Herr Lang fragt, ob damit die Presseinformation falsch sei.

Herr Urbach antwortet, dass er noch nicht wisse, wie viele Beratungsstunden benötigt werden.

Herr Lang: Anfrage zur Belastung durch Aufgabenübertragung

Herr Lang führt aus, dass der Rat den Bürgermeister vor einigen Jahren beauftragt habe, feststellen zu lassen, wie hoch die Stadt durch Übertragung neuer Aufgaben von Bund und Land belastet werde. Er fragt, was aus dieser Überprüfung geworden sei.

Herr Urbach antwortet, dass dieses Thema Gegenstand verschiedener Untersuchungen gewesen sei. Es sei jedoch schwierig, die Belastungen der Stadt insgesamt darzustellen. Auf einer Klausurtagung im Jahre 2012 sei diese Thematik im Kreise der Hauptverwaltungsbeamten des Rheinisch-Bergischen Kreises besprochen worden. Diese Ergebnisse wurden an den Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen weitergeleitet. Vor zwei Wochen habe in Rösrath eine Konferenz zu diesem Thema stattgefunden.

Herr Lang merkt an, dass diese Ausführungen seine Frage nicht beantworten.

Herr Urbach widerspricht dieser Aussage.

Herr Ziffus: Anfrage zur Wasserschutzzone in Refrath

Herr Ziffus fragt, ob es richtig sei, dass die Ostgrenze der Wasserschutzzone 3 b des Wasserwerkes Refrath im Gegensatz zu den anderen drei Wasserwerken im Stadtgebiet willkürlich festgelegt worden sei und nicht den realen, durch die Wasserscheide gegebenen, geologischen Verhältnissen entspreche.

Herr Urbach antwortet, dass zur Beantwortung dieser Frage die Bezirksregierung einbezogen werden müsse und fragt, ob die Antwort als Mitteilungsvorlage im zuständigen Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr vorgelegt werden könne.

Herr Ziffus erwidert, dass dies eine Information sei, die nicht nur den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr interessiere. Nach seiner Einschätzung könne die Frage ohne Mitarbeit der Bezirksregierung beantwortet werden.

Herr Ziffus: Anfrage zu Selbstständigen in Bergisch Gladbach

Herr Ziffus fragt, in welchen Wirtschaftsteilen die 16.250 Selbstständigen in Bergisch Gladbach tätig seien. In der Vergangenheit habe es hierzu Informationen im Statistikbericht 2000 und 2004 gegeben.

Herr Urbach verweist auf eine schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Frau Koshofer: Anfrage zur Thematik „Zum Scheider Feld“

Frau Koshofer führt aus, dass sich einer der Beschwerdeführer in der Thematik „Zum Scheider Feld“ an sie gewandt habe und Bedenken geäußert habe, dass sein Straßenabschnitt, mit der ältesten Bebauung in diesem Bereich, dem Gewerbegebiet zugeordnet werden solle.

Herr Schmickler antwortet, dass die Veränderung der Zuordnung von Hausnummer keine Auswirkungen auf planungs- und bauordnungsrechtliche Regelungen habe. Nur die Hausnummer werde geändert, ansonsten werde es keine Änderungen geben.

Herr Wagner: Anfrage zur Straßenreinigung in Kippekausen

Herr Wagner fragt, ob es möglich sei, dass die Verwaltung im Baustellenbereich Kippekausen wieder Kehrmaschinen einsetze oder aber die Baufirmen anweise, dass diese ihren Schmutz beseitigen. Anwohner hätten sich über diesen Zustand beschwert.

Herr Urbach antwortet, dass Herr Kremer der Problematik nachgehen werde.

Herr Kamp: Anfrage zum Sportplatz Steinbreche

Herr Kamp fragt in Bezug auf die Sanierung des Sportplatzes Steinbreche, ob ein Antrag für die Bezuschussung der Sanierung des Tennenplatzes erfolgt sei und ggfls. bereits eine Zusage vorliege.

Herr Urbach antwortet, dass der Antrag gestellt worden sei, es jedoch noch kein Ergebnis gebe.

Anfrage Herr Schütz: Sanierung eines städtischen Spielplatzes

Herr Schütz führt aus, dass in seinem Wohngebiet der städtische Spielplatz saniert werde und die externe Baufirma vor zwei Wochen einen großen Erdhügel aufgeschüttet habe. Seitdem sei nichts weiter geschehen. Die Nachbarschaft frage nun, wann die Sanierungen fortgeführt würden.

Herr Urbach antwortet, dass die Verwaltung dem nachgehen werde.

Herr Neu: Anregung zu dem Tagesordnungspunkt „Anfragen der Ratsmitglieder“

Herr Neu regt an, dass die Ratsmitglieder den Tagesordnungspunkt „Anfragen der Ratsmitglieder“ lediglich für die Fragen nutzen, die ihnen an diesem Tage einfallen. Andere Anfragen könnten zuvor rechtzeitig an die Verwaltung gerichtet werden. So könne die Verwaltung in der Ratssitzung vorbereitete Antworten mitteilen.

Herr Urbach unterstützt diesen Vorschlag.

Herr Urbach schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19.31 Uhr.